

Kommunalwahl 2014

Programm für Witten

Für soziale Gerechtigkeit,
umfassende Demokratie
und konsequenten Umweltschutz



DIE LINKE.



Für soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie und konsequenten Umweltschutz

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik. Wir lehnen die Politik des „Weiter so“ von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und WBG in Witten ab, der sich regelmäßig auch das Bürgerforum anschließt. Die Wittener Stadtpolitik muss sich grundsätzlich ändern.

Bei uns finden alte und neue soziale Bewegungen zueinander: Aktive Gewerkschaftsmitglieder, Globalisierungskritiker, Anti-Atom-Aktivist*innen, Mitglieder von Anti-Fracking-Bürgerinitiativen und Engagierte gegen Hatz IV. Wir stehen ein für ein gerechtes Sozialsystem, bezahlbares Wohnen und Bauen und für die Stärkung von Wohnungsgenossenschaften. Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie und konsequenten Umweltschutz – für und gerade auch mit den Menschen in unserer Stadt. **Ob mit eigenen Anträgen, der Unterstützung von Bürgeranträgen oder von Bürgerinitiativen:** Wir stehen für die Rechte von Ar-

beitnehmerInnen, Armen, Unterdrückten und Minderheiten und gegen die tägliche Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb kandidieren wir am 25. Mai 2014 wieder für den Wittener Stadtrat und auch für den Kreistag Ennepe-Ruhr.

Unsere Punkte für eine zukunftsfähige Wittener Politik:

DIE LINKE steht für Demokratisierung und Rekommunalisierung – die Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden des Landes leben.

Das Leben in Witten muss für alle sicher, angenehm und bezahlbar sein. Dazu gehören saubere Luft, ausreichend Ruhe und Grünflächen in der Stadt. Um dies alles zu erreichen, müssen die Stadtfinanzen auf eine solide Grundlage gestellt werden. Dafür sind in erster Linie der Bund und das Land NRW verantwortlich. Das heißt auch: Ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz muss her.

1. DIE LINKE lehnt den **Stärkungspakt** Stadtfinanzen des Landes NRW konsequent ab. Der Stärkungspakt schafft keine Entlastung der städtischen Finanzen, sondern stürzt sie durch seine finanziellen Forderungen weiter ins Elend. Witten ist aufgefordert, zur Abschaffung des Stärkungspakts aktiv zu werden statt sich ihm zu beugen. Land und Bund müssen die Kommune mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten. Die Stadt selbst kann Verbesserungen der städtischen Einnahmen durch Erschließung neuer Einnahmen erreichen. Hierzu gehören Forderungen an die Bundesregierung zur Einführung der Millionärssteuer oder die städtische Erhöhung der Vergnügungssteuer, um höhere Abgaben auf Spielhallen herbeizuführen. Die Erhöhung der Hundesteuer zur Verbesserung der städtischen Einnahmen lehnt DIE LINKE als so-

Genug gekürzt!

**Mehr
Geld für
unsere
Stadt!**

DIE LINKE.

www.dielinke-nrw.de


zialdiskriminierend ab. Dies hat DIE LINKE Ratsfraktion bereits 2012 im Rahmen der Haushaltsberatungen durch Reden und Anträge erklärt.


2. Die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen im Rahmen einer „**Public-Private-Partnership**“ (PPP) lehnen wir ab. Große Bauvorhaben und Sanierungsprojekte der Stadtverwaltung sollen zukünftig in Eigenregie durchgeführt werden. Das öffentliche Eigentum soll im Besitz der Stadt bleiben. Das öffentliche Eigentum gehört allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Die Rathaussanierung erfolgt ohne PPP. Dies ist ein Erfolg der LINKEN, die die anderen Ratsfraktionen trotz massiver Widerstände von den Nachteilen dieser Variante überzeugen konnte.


Die geplante Sanierung des Rathauses muss aber auch sozialverträglich erfolgen. Es sollen nicht nur die Mauern restauriert werden. Auch die durch die Architektur veränderten Arbeitsbedingungen der Verwaltung im Inneren des Gebäudes sollen sich durch den Umbau nicht verschlechtern, sondern möglichst verbessern.

3. In den letzten Jahren lag die Quote der gemeldeten **Arbeitslosen** in Witten durchschnittlich über 9 Prozent und höher als der Landesdurchschnitt. Die Stadt Witten soll sich beim kreiseigenen JobCenter EN einsetzen, dass arbeitslose Menschen in den Beratungsgesprächen in ihren Kompetenzen gestärkt und moralisch unterstützt werden. Psychischen Erkrankungen aufgrund von Arbeitslosigkeit soll aktiv durch das JobCenter EN mit Hilfe geeigneter

Förderstrategien vorgebeugt werden. DIE LINKE fordert, dass die Stadt Witten und der Kreistag Ennepe-Ruhr sich aktiv für die Abschaffung des Hartz IV-Systems einsetzen. Sanktionen gegenüber Hartz-IV-Beziehern sind abzulehnen. Die Hartz-IV-Leistungen liegen bereits im Normalfall unter der Armutsgrenze. Sanktionen, die diese geringen Leistungen weiter kürzen, sind nicht hinnehmbar. Die Stadt soll sich zudem für ein **Sanktionsmoratorium** einsetzen. Durch geeignete Maßnahmen sind drohende Strom- und Gassperren für Bezieher von Hartz IV zu verhindern. Ein Sozialtarif für Strom und Gas für arme BürgerInnen soll von den Stadtwerken eingeführt werden.

 4. Die **sozialen Leistungen** und Einrichtungen der Stadt Witten sollen erhalten und ausgebaut werden. Soziale Leistungen sollen unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und Migrationshintergrund gewährt werden.


 5. Auch in Zeiten knapper Kassen sollen die **kulturellen Angebote** weiter erhalten bleiben. Kultur lehrt die sinnliche Auseinandersetzung des Einzelnen mit der Welt. Experimentell können Utopien, Wünsche und Probleme von Einzelnen oder Gruppen aufgezeigt werden. Insbesondere durch die Förderung antirassistischer Kulturprojekte kann für alle BürgerInnen das Zusammenleben besser, schöner und sicherer gestaltet werden.

 6. Die **Schulen** sollen für alle wohnortnah und gut erreichbar eingerichtet werden. Die zwei bestehenden Gesamtschulen in Witten sollen erhalten bleiben.

Wenn die Eltern und SchülerInnen dies wünschen, sollen die Gesamtschulen weiter ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche sollen inklusiv beschult werden. Vom Umgang mit behinderten Menschen profitieren alle, Menschen mit und ohne Behinderungen.

Das aktuell von der Landesregierung beschlossene Gesetz zur Unterstützung bei baulichen Umbaumaßnahmen und der Einstellung von Integrationshelfern (Schulbegleitung) reicht bei weitem nicht aus. Hier ist das Konnexitätsprinzip strikt zu beachten.

Wir fordern mehr Sozialarbeiter an den Schulen. Nur so können Konflikte an Schulen entschärft werden. Eine unbefristete Einstellung von Sozialarbeitern ist für uns selbstverständlich.

 7. **Kein Fracking** in Witten und anderswo – Unser Grundwasser soll sauber bleiben! Wir wollen keine Technik, die das Grundwasser verseucht, Erdbeben auslöst, eine miserable Klimabilanz aufweist und eine ungelöste Abfallproblematik besitzt! Die Kommune muss sich mit allen Mitteln und bereits in den ersten Verfahrensschritten gegen die Pläne zum Fracking im Feld Ruhr, in dem Witten liegt, zur Wehr setzen. Die Stadt soll sich beim Ennepe-Ruhr-Kreis, bei der Bezirksregierung, dem Regionalverband Ruhr, der Landesregierung und der Bundesregierung aktiv für ein Verbot von Fracking einsetzen! Wir fordern, dass der Kampf gegen Fracking nicht erst auf der Ebene der bergrechtlichen Betriebspläne beginnt. Dafür muss ein konsequenter Widerstand bereits gegen die Erteilung von Bergbauberechtigungen erfolgen, die die Voraussetzung für Fracking schaffen sollen.

8. Faire Löhne, gute Arbeit und Gerechtigkeit – das sind unsere Vorstellungen von einer sozialen Stadt Witten.

Aber was heißt das eigentlich: Gute Arbeit?

Wir wollen, dass die Menschen in unserer Stadt von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen, dass es keine Betriebe in Witten gibt, in denen Tarifverträge keine Anwendung finden. Für uns ist klar: Städtische Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die einem Tarifvertrag unterliegen und durch Betriebsräte mitbestimmt werden. Für uns steht es außer Frage, dass eine Person, die 40 Stunden in der Woche arbeitet, so viel Lohn erhält, dass sie danach nicht beim JobCenter aufstocken



muss. Die Allgemeinheit darf nicht zur Kasse gebeten werden, nur weil sich Unternehmen gesund stoßen wollen. Ein **Mindestlohn von 10 € für alle** ist die einzige Möglichkeit Ausbeutung vorzubeugen. Mitbestimmung und die Stimme der Belegschaften haben unsere Region so erfolgreich entwickeln lassen. Wir wollen, dass dies wieder das Modell ist, das in allen Unternehmen Anwendung findet. Es kann nicht sein, dass es mitbestimmungs-

freie Zonen in Witten gibt. Öffentlich und transparent werden wir in Zukunft die Diskussion führen, welche Arbeitgeber gemeinsam mit Belegschaften und Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Für die Beschäftigten der Stadt Witten einschließlich der Reinigungskräfte wollen wir faire Löhne. Eine Privatisierung von Reinigungsleistungen lehnen wir ab. Auch beim Kreis sollen die Reinigungskräfte wieder kommunal durch die öffentliche Hand beschäftigt werden. Klar ist auch: Die Ausbildung junger Menschen und die unbefristete Übernahme im Anschluss an die Berufsausbildung bei Stadt und Kreis muss ausgebaut werden. Von guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen profitieren alle: Nur wer Geld verdient, kann es auch ausgeben. Nur wer genug Freizeit hat, kann diese zum Shoppen, Flanieren und Sonstigem in Witten nutzen.

9. Umfassende **Demokratie ist ohne Transparenz nicht vorstellbar**. Hier hat Witten erhebliche Defizite.

Wir fordern: Sitzungen des Wittener Rats und des Kreistags Ennepe-Ruhr müssen, wie es in anderen Städten bereits selbstverständlich ist, per Livestream im Internet übertragen werden. Gerade alte und kranke Menschen müssen die Möglichkeit haben, so unproblematisch Ratssitzungen verfolgen zu können.

Die Nichtöffentlichkeit von Gremiensitzungen des Wittener Stadtrats muss auf das gesetzlich zwingende Maß beschränkt werden. Informelle Gremien, zu denen die Öffentlichkeit keinen Zugang hat, müssen abgeschafft werden. Gerade das Haushaltskonsolidierungs-

gremium, das faktisch über die Leistungsreduzierungen in der Kommune bestimmt, muss öffentlich tagen.

▶ Das Umweltinformationsgesetz sieht eine aktive Informationspflicht vor, um die Bevölkerung über den Zustand der Umwelt zu informieren. Die Stadt Witten weigert sich seit Jahren, diese gesetzliche Pflicht umzusetzen. DIE LINKE fordert, dass Informationen über den ökologischen Zustand Wittens von der Kommune kontinuierlich im Internet bekannt gemacht werden.

▶ Der Haushalt der Stadt Witten ist weder für die Bevölkerung noch die Ratsmitglieder lesbar. Während andere Städte im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements detailliert Ziele, Messzahlen, Kennzahlen und einzelne Haushaltsposten darstellen, mangelt es dem Wittener Haushalt in weiten Teilen an allem. Damit entzieht er sich der Steuerung durch den Rat und der Mitwirkung der Bevölkerung. Wir fordern daher die Entwicklung und Darstellung eines Haushalts, der eine Partizipation der Wittener Bevölkerung und der Ratsmitglieder ermöglicht.

▶ Verwaltungsvorlagen dürfen nicht länger einseitig auf rein betriebswirtschaftliche Aspekte ausgerichtet sein. Bei den Folgen dürfen nicht nur die finanziellen Folgen dargestellt werden. Für eine seriöse Entscheidungsfindung müssen auch die volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen ermittelt werden.

Für Bürgerinitiativen, globalisierungskritische Organisationen oder finanziell schwache Verbände und Gruppierungen, z.B. aus dem Sozial- oder Umweltbereich,

stellen die Wittener Gebühren für Sondernutzungen eine schwer zu überwindende Hürde dar, um die Bevölkerung z.B. mit Hilfe von Ständen zu informieren. Wir fordern die ersatzlose Streichung der Gebühren für diese Gruppen.

▶ 10. Es müssen wirkungsvolle Maßnahmen zur Erreichung der bestmöglichen **Luftqualität** in Witten ergriffen werden. Kurzfristig müssen zur Einhaltung des europäischen Grenzwerts für Stickoxide in der Ruhrstraße Maßnahmen ergriffen werden, die wirklich zur Reduktion der gesundheitsschädigenden Belastungen führen. Wir fordern, Teile der Innenstadt, u. a. große Teile der Ruhrstraße, zur Fußgängerzone umzugestalten. Gesundheit ist ein Menschenrecht! Wir wollen zudem ein stadtumfassendes Konzept, um eine konsequente Reduzierung der Schadstoffe, die in den europäischen Luftreinhalterichtlinien aufgeführt sind, zu erreichen.

▶ 11. DIE LINKE fordert, die Entwicklung und Nutzung von **Gewerbeflächen, die gemeinsam mit benachbarten Kommunen entwickelt werden**, um den Druck von den Wittener Flächen zu nehmen. Die Stadt Witten ist aufgefordert, sich um die Ansiedlung Wittener Betriebe auf dem freiwerdenden Bochumer OPEL-Gelände zu bemühen und gleichzeitig eine Lösung für eine angemessene Aufteilung der Gewerbesteuer zwischen beiden Städten zu finden. Statt in den Freiraum auszuweichen oder Altlasten zu bebauen, können so umweltverträglich Gewerbeansiedlungen erfolgen.

▶ 12. Bei ihrer Bebauungsplanung betreibt die Stadt Witten Umweltdumping. Um die **Natürlichen Lebensgrundlagen** bestmöglich zu erhalten, darf es keinen Verzicht mehr auf Umweltberichte sowie auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gegenüber Investoren geben. Wir lehnen die Anwendung der Schlupflöcher des Baugesetzbuchs, wie sie die Stadt Witten ständig zugunsten privater Investoren anwendet, ausnahmslos ab.

▶ 13. **Boden** ist kein vermehrbare Gut. Deshalb muss mit ihm sorgsam umgegangen werden. Witten ist hingegen davon geprägt, immer weiter den Freiraum zu bebauen und zu versiegeln. DIE LINKE fordert daher, bei einer neu zu versiegelnden Fläche im gleichen Maße bisher versiegelte Fläche durch einen Investor entsiegeln zu lassen.

▶ 14. Für DIE LINKE ist es unverantwortbar, dass in Witten nicht sichergestellt ist, dass **Altlastenflächen** von einer Bebauung freigehalten werden. Wir fordern, dass dem Rat und dem Umweltausschuss der Stadt Witten unaufgefordert alle Daten über beseitigte und verbleibende Schadstoffbelastungen in Baugenehmigungsverfahren übermittelt werden. Wir fordern, nicht oder unvollständig sanierte Flächen von jeglicher Bebauung freizuhalten.

▶ 15. Zukunftsweisend sind Konzepte einer **Essbaren Stadt** wie in Andernach. Die Bepflanzung von öffentlichen Grün- und Rasenflächen orientiert sich nicht nur an ästhetischen oder finanziellen Ge-

sichtspunkten. Es soll für die ganze Stadt ein Konzept entwickelt werden, damit Obstbäume, Beeresträucher und Gemüsebeete auf geeigneten Flächen angelegt werden können. Durch die Anpflanzung von essbaren Pflanzen kann dem öffentlichen Grün eine Multifunktionalität verliehen werden, die von Vorteil für alle BürgerInnen in der Stadt ist. Auf einer Wiese am Helenenberg wachsen bereits seit vielen Jahren Obstbäume, die von allen genutzt werden können. In neuen Gemeinschaftsgärten kann Nachbarschaft neu begründet und entwickelt werden, wie dies im Wiesenviertel bereits ausprobiert wird.

Als Vorbild kann die letzte Maßnahme zum Endausbau einer Siedlungsstraße in Wittener Bommern zu Beginn der 1990er genutzt werden. Dort wurden alte Apfelsorten und Walnussbäume als Straßenbegleitgrün für die Siedlungsstraße gepflanzt.

▶ 16. In Witten leben Menschen mit über einhundert verschiedenen Nationalitäten. Hinzu kommen die Menschen, die sich zu vielen unterschiedlichen Religionen bekennen. Flüchtlinge müssen in Witten willkommen geheißen und bestmöglich versorgt werden. Diese Vielfalt bereichert unser Gemeinwesen. DIE LINKE setzt sich konsequent für ein **tolerantes Zusammenleben aller Wittener** ein. Die rechte Propaganda zur Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen oder einzelner Religionen bspw. von NPD und Pro NRW wird von uns aktiv bekämpft!

▶ 17. Als Querschnittsthemen sind die **Gleichstellung von Mann und Frau** und **Gender Mainstreaming** in allen Politikbereichen zu beachten.

Die Stadt soll sich aktiv an Programmen zum Abbau geschlechtsspezifischer Berufsbilder beteiligen, um Mädchen und junge Frauen auch für Männerberufe zu begeistern.

Ambulante Hebammen sind durch geeignete Maßnahmen in ihrer Berufsausübung zu unterstützen.

Einrichtungen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt sollen von der Stadt Witten aktiv unterstützt werden. Die Frauenberatung EN und das Frauenhaus sollen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

In der Verwaltung sollen familienfreundliche Arbeitsstrukturen eingerichtet werden.

Die Stadt soll ein Vorbild in Bezug auf Gleichstellung und Gender Mainstreaming für die privaten Arbeitgeber darstellen.

Genug gekürzt!

Mehr öffentlicher Nah- verkehr!

DIE LINKE.

www.dielinke-nrw.de

▶ 18. Der verantwortungsvolle Umgang mit **Kindern und Jugendlichen** ist eine Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft in unserer Stadt.

Kinder und Jugendliche benötigen Schutz und Freiräume. Frei- und Grünflächen sollen für zwanglose Treffpunkte und Lernorte für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben. Zusammen mit dem Kinder- und Jugendparlament sollen Flächen geplant und gestaltet werden. DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit gegen die Schließung von Bolzplätzen ausgesprochen. Aber auch „Wildflächen“ zum Selbsterobern müssen zur Verfügung gestellt werden. In Wohnsiedlungen sollen Straßenflächen konsequent so angelegt werden, dass Kinder und Jugendliche dort auch gefahrlos spielen können.

▶ 19. Der **öffentliche Personennahverkehr** (ÖPNV) soll erhalten bleiben und dem Bedarf entsprechend weiter ausgebaut werden. Insbesondere muss das ÖPNV-Netz weiter ausgebaut werden, damit alle Stadtteile und neu entstandene Siedlungsgebiete in Witten und im Kreis gut eingebunden werden. Für die Mitfahrmöglichkeiten behinderter Menschen sollen verstärkt absenkbare Busse und Niederflurbahnen eingesetzt werden. Der öffentliche Nahverkehr kann bei einem guten Ausbau und niedrigen Preisen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Reduzierung von Immissionen leisten. Wir fordern eine Senkung der Fahrpreise in Richtung eines Nulltarifs und höhere Taktfrequenzen.

▶ 20. Die **Energiepolitik der Stadtwerke** ist zu reformieren. DIE LINKE for-

dert eine konsequente Ausrichtung auf erneuerbare Energiequellen. Wir fordern die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und den ersatzlosen Verzicht auf Kohlekraftwerke. Für uns gilt ohne Wenn und Aber: Energie aus Sonne, Wind und Wasser statt aus Atom, Kohle und Fracking.

▶ 21. Der menschengemachte **Klimawandel** setzt sich ungebremst fort. Durch die Verbrennung großer Mengen von Kohle, Gas und Öl in den letzten zwei Jahrhunderten ist zu viel CO₂ freigesetzt worden. Die Folgen sind Klimaänderungen. Diese zeigen sich u.a. in einer kontinuierlichen durchschnittlichen Temperaturerhöhung, verstärkten Fluten, Starkregenfällen, Stürmen und Tornados sowie vermehrten Hitzetagen im Sommer. Um für alle Menschen eine gute Zukunft zu gestalten, müssen sofort Maßnahmen für eine Reduktion der Emissionen von Kohlendioxid ergriffen werden. Beispiele dafür vor Ort können sein: Förderung regenerativer Energien auf dem Wittener Stadtgebiet, Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, Förderung einer angepassten Landwirtschaft, Anpflanzen von Bäumen, Begrünung der Hausfassaden und Hausdächer.

Auch Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Verkehrs müssen ergriffen werden. Die Wertschätzung des Fuß- und Fahrradverkehrs sowie des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) werden von uns in das Zentrum der weiteren Verkehrsentwicklung in der Stadt Witten gestellt.

▶ 22. Maßnahmen zur **Anpassung an den Klimawandel** müssen eingeleitet

werden. Öffentliche Gebäude sind sturmsicher zu errichten. Das Kanalnetz muss auch auf Starkregenfälle ausgelegt sein. Wittener Bachläufe sind zu renaturieren, soweit dies möglich ist. So können sie sich bei großem Wasserzulauf entsprechend ausweiten. Stark bebaute Stadtbereiche sollen grüne Inseln erhalten, um die Temperaturentwicklung an Hitzetagen erträglicher zu gestalten.

▶ 23. Vorhandene **Frischluftschneisen**, insbesondere mit Bedeutung für die Innenstadt, dürfen nicht zugebaut werden. Die städtische Planung muss die bestehenden Grünflächen schützen und ihren Ausbau insbesondere in der Innenstadt fördern.

▶ 24. Die Wittener Innenstadt ist durch ein betontypisches Grau geprägt. Der verbaute Rathausplatz, ein öder Berliner Platz und Parkplätze auf der Kornmarkfläche sind Dokumente dieser verfehlten Stadtentwicklungspolitik. DIE LINKE fordert eine **konsequente Begrünung der Innenstadt**, Freiflächen und Wasserspiele, die zum Verweilen einladen und weitere Spielplätze für Kinder in der Innenstadt.

Für den Kornmarkt fordern wir die Schaffung einer „Grünen Oase“, z. B. mit dem Konzept eines Mehrgenerationenparks mit folgenden Elementen: Anlage einer Grünfläche mit Bäumen und Sträuchern, die Aufstellung zahlreicher wetterfester Bänke, die Anlage von Kinderspielmöglichkeiten, die Aufstellung des Sackträgerbrunnens und von Fahrradständern für Radtouristen sowie die Einrichtung eines kleinen Cafes als Integrationsbetrieb. Auf

eine Flächenversiegelung ist soweit wie möglich zu verzichten. Auf eine weitergehende Bebauung wird verzichtet. Falls das Konzept einer grünen Oase nicht realisierbar ist, sollte eine Markthalle in der Form errichtet werden, dass sie der Stärkung des Einzelhandels in der Innenstadt dient.

▶ 25. Die Stadt Witten setzt auf die Ansiedlung überdimensionierter Supermärkte statt auf die Entwicklung kleiner, **mittelständisch geprägter Einkaufszonen**. Wir fordern ein Ende einer Politik, die Nebenzentren wie die Einkaufszone in der Meesmannstraße in Herbede veröden lässt. Die Stadtentwicklungspolitik muss sich an den lokalen Interessen der Stadtteile orientieren.

Genug gekürzt!

Bezahlbare Mieten in unserer Stadt!

DIE LINKE.

www.dielinke-nrw.de

▶ 26. Die Vorkommnisse um hohe Gehälter von Sparkassenfunktionären in Witten stehen in einem krassen Missverhältnis zu dem **sozialpolitischen Auftrag der Sparkassen**. Laut dem Geschäftsbericht 2012 der Sparkasse erhalten die Vorstandsmitglieder der Sparkasse Witten eine Summe in der Größenordnung des Gehalts der Bundeskanzlerin. Dies ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern ein finanzieller und sozialpolitischer Skandal. Das Gehalt eines Kämmerers der Kommune wäre für einen Sparkassenvorstand völlig ausreichend, da der Grad des Arbeitsaufwands und der Verantwortung vergleichbar sind.

▶ 27. **Wohnen** ist ein Menschenrecht. Alle Wittener Bürger und Bürgerinnen sollen die Möglichkeit haben, bedarfsgerecht und preiswert zu wohnen.

Dazu gehört auch die Förderung von gemeinschaftlichen und nachbarschaftlichen Wohnformen. Die städtische Siedlungsgesellschaft könnte dies in den eigenen Häusern initiieren. Städtische Grundstücke könnten im Erbbaurecht für diese Wohnformen vergeben werden.

Um die Mietkosten transparent und möglichst niedrig zu halten, ist die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels im Sinne von § 558d BGB notwendig. Der jetzt gültige Mietspiegel ist nicht qualifiziert und damit nichts gerichtsfest, da er nicht ausschließlich auf statistischen Grundlagen beruht. Wir fordern zudem, dass der Mietspiegel zukünftig ökologische Aspekte berücksichtigt,

Eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B, die zwangsläufig zu weiteren Mieterhö-

hungen führen würde, lehnen wir ab.
Um ausreichend Grundstücke für sozialen Mietwohnungsbau zur Verfügung zu haben, werden diese in zukünftigen Flächennutzungsplänen der Stadt Witten bevorzugt ausgewiesen.

Einer Ghettoisierung von Menschen in bestimmten armen Stadtteilen wird vorgebeugt.

Mit Ihrer Stimmabgabe für DIE LINKE.Witten bei der Kommunalwahl 2014 unterstützen Sie uns, diese Punkte anzupacken und die erforderlichen Mehrheiten dafür zu schaffen.

Hier die Vertreter der LINKEN für die Kommunalwahl im Mai 2014 in Witten.



Platz 1: Ulla Weiß



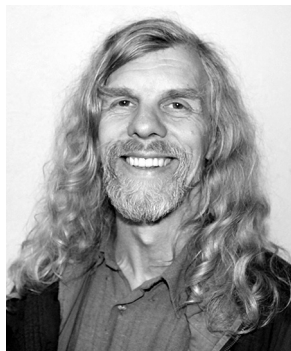
Platz 2: Jürgen Wolf



Platz 3: Oliver Kalusch



Platz 4: Carsten Samoticha



Platz 5: Rainer Gehrke



Platz 6: Joga Twickel



Platz 7: Friedrich Mülbach



Platz 8: Sascha Pletenecky

Platz 9: Dieter Güthoff

Platz 10: Gabriele Gramckow

Platz 11: Britta Bunk

Platz 12: Willi Kloppenburg

Platz 13: Robin Ott

Platz 14: Jens Gramckow

Platz 15: Ingo Gramckow



www.die-linke-en.de